

Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf das Plenum des ZK der KPdSU

Der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow stellte im Januar 1987 auf dem Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion fest: "Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen." Damit bestärkte er die mit seinem Amtsantritt eingeleitete Reformpolitik um "Glasnost" und "Perestroika". SED und Staatssicherheit befürchteten eine Weiterverbreitung von Gorbatschows Reformideen. Die Stasi dokumentierte daher Reaktionen aus der DDR-Bevölkerung auf die Plenartagung der KPdSU.

Der Reformpolitik Michail Gorbatschows trat das SED-Regime mit zunehmender Ablehnung entgegen. Der Parteitag der Sowjetkommunisten Anfang des Jahres 1986, auf dem Gorbatschow den neuen strategischen Kurs von "Glasnost" und "Perestroika" heraussetzte, führte erstmals zu erheblichen Unstimmigkeiten zwischen der SED-Führung und den sowjetischen Reformern. Während SED-Generalsekretär Honecker ein tiefes Misstrauen gegen den im Westen gefeierten "Erneuerer" des Sozialismus hegte, war Gorbatschow über die Zurückhaltung in Ost-Berlin und die Unfähigkeit, sich dem historischen Wandel zu stellen, verärgert.

Auf der Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (ZK der KPdSU) vom 27./28. Januar 1987 übte Generalsekretär Gorbatschow in seiner Rede "Über die Umgestaltung und die Kaderpolitik der Partei" scharfe Kritik an seinen Vorgängern und der politischen und ökonomischen Stagnation der 70er und der beginnenden 80er Jahre. Die Reformen wurden auf das politische System ausgeweitet und die politische Entmündigung der Gesellschaft durch den Einparteienstaat damit in Frage gestellt (Gorbatschow: "Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen."). Das Parteiorgan "Neues Deutschland" (ND) druckte die Rede – wie viele kritische Aussagen Gorbatschows – nicht im vollen Wortlaut, sondern in einer verharmlosenden Zusammenfassung.

In Ost-Berlin sah man sich auf dem richtigen Weg und war der Meinung, dass die Sowjetunion mit ihrem Reformkurs lediglich das nachhole, was die DDR seit den 70er Jahren praktiziere. Auf klare Ablehnung stieß die umfassende Selbtkritik des sowjetischen Regimes und der KPdSU. Die SED-Führung sah keinen Anlass zur Selbtkritik.

Für Partei- und Sicherheitsapparat wurde es nun immer wichtiger, die Stimmung in der Bevölkerung auszuloten. Sie befürchteten eine Weiterverbreitung der Reformideen Gorbatschows. In breiten Bevölkerungskreisen registrierte die Stasi ein großes Interesse an den Ausführungen Gorbatschows und lebhafte Diskussionen. Ihrer Einschätzung nach dominierte in den Meinungsausfällen eine eindeutige Zustimmung zur Politik der KPdSU. Parteimitglieder wiesen darauf hin, dass entsprechende Schlussfolgerungen aus dem KPdSU-Plenum auch für die DDR gezogen werden müssten. In diesem Zusammenhang wurde in zahlreichen Arbeitskollektiven auf die Notwendigkeit der Schaffung einer "offeneren und kritischeren Atmosphäre" in allen Lebensbereichen hingewiesen. Das betraf insbesondere die Informationspolitik der DDR, die aus gegebenem Anlass auf heftige Kritik stieß, da der volle Wortlaut der Rede Gorbatschows nicht veröffentlicht wurde. Darüber hinaus wurde aber auch eine gewisse Verunsicherung bei Partei- und Gewerkschaftsfunktionären spürbar, vermissten sie doch eine fehlende Orientierung der übergeordneten staatlichen Leitung und verbanden damit die Forderung einer raschen und gründlichen Auswertung des KPdSU-Plenums.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4217, Bl. 2-12

Metadaten

Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- Datum: 3.2.1987
und Informationsgruppe

Rechte: BStU

Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf das Plenum des ZK der KPdSU

Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe

Berlin, 3. Februar 1987

BStU
000002

Erste Hinweise
über Reaktionen der Bevölkerung auf das Plenum des ZK der KPdSU

Nach bisher vorliegenden Hinweisen aus den Bezirken der DDR sowie der Hauptstadt Berlin werden die veröffentlichten Auszüge aus der Rede des Genossen Gorbatschow auf der Tagung des ZK der KPdSU und sein Schlußwort von breitesten Kreisen der Bevölkerung mit außerordentlich großem Interesse gelesen und geben Anlaß für vielfältige, häufig stark emotional geprägte Diskussionen, die teilweise sehr differenzierte Standpunkte erkennen lassen hinsichtlich der Bewertung der Vorgänge in der UdSSR sowie daraus abzuleitender Schlußfolgerungen für die DDR.

In den bekanntgewordenen Meinungsäußerungen und Stellungnahmen dominiert eindeutig Zustimmung zur Politik der KPdSU. Die Ausführungen des Gen. Gorbatschow werden als Ausdruck der konsequenten Fortsetzung der Linie des XXVII. Parteitages der KPdSU gewertet, verbunden mit der Zuversicht, daß die UdSSR diese bedeutsame gesellschaftliche Entwicklungsetappe im Interesse der weiteren Stärkung des Sozialismus erfolgreich meistern wird. Gleichzeitig wird auf die Größe und Kompliziertheit der von der KPdSU zu lösenden Aufgaben hingewiesen, die nur zu realisieren sind, wenn es der Partei gelingt, das ganze Sowjetvolk zu mobilisieren. In diesem Zusammenhang unterstreichen progressive Kräfte die Notwendigkeit, gerade in der jetzigen Zeit die UdSSR bei der Realisierung ihres Kurses uneingeschränkt zu unterstützen. So wurde u. a. in der Leitung des Forschungsbereiches Gesellschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR in der Diskussion besonders darauf aufmerksam gemacht, zu verhindern, daß unter den Gesellschaftswissenschaftlern und Wissenschaftlern

Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf das Plenum des ZK der KPdSU

BStU
000003

2

anderer Wissenschaftszweige in der DDR die Sowjetwissenschaft negiert werde, da bereits jetzt solche pauschalen Auffassungen vertreten würden, die davon ausgehen, daß die von Gen. Gorbatschow aufgeworfenen Probleme in der DDR erfolgreich und besser gelöst seien.

Informationen aus den Bezirken zufolge begrüßen besonders Werk-tätige aus der Industrie und Landwirtschaft, darunter in diesen Bereichen tätige wirtschaftsleitende Kader, Mitarbeiter staat-licher Organe, Wissenschaftler, Hochschulkader und Studenten die offene Sprache, das kritische Herangehen an die Bewertung der Lage in allen gesellschaftlichen Bereichen und das Aufzeigen von Lösungswegen. Leitende Mitarbeiter mehrerer Kombinatsleitungen aus dem Bezirk Dresden sowie Wissenschaftler und Hochschulkader unterschiedlichster Hochschuleinrichtungen charakterisieren die Art und Weise des Herangehens an die Probleme durch die KPdSU als überaus bedeutsam für die weitere gesellschaftliche Entwick-lung in der UdSSR. Im Vergleich dazu - so ihre Meinung - wären die Ausführungen auf Tagungen des ZK der SED zu allgemein ge-halten.

Unter Bezugnahme auf die "Schärfe" der Ausführungen des Gen. Gorbatschow, vor allem bei der Aufdeckung der Fehler der Ver-gangenheit, wurde jedoch wiederholt geschlußfolgert, es müsse in der KPdSU bzw. unter leitenden sowjetischen Staatsfunktionären im Lande "beträchtlichen Widerstand" gegen diesen neuen Kurs geben. Wahrscheinlich gebe es Funktionäre, die den Veränderungen ablehnend gegenüberstünden, da dies für sie gleichbedeutend sei mit der Aufgabe eines lange Jahre praktizierten Arbeitsstils und genossener Privilegien. Deshalb hoffe man, daß sich Gen. Gorbatschow nicht "übernehme" und nicht zu viele Probleme auf einmal lösen wolle.

Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf das Plenum des ZK der KPdSU

BStU
000004

3

Ungeachtet einer insgesamt mehrheitlich positiven Bewertung des KPdSU-Plenums werden von progressiven Kräften eine Vielzahl von Fragen und Problemen aufgeworfen, die gewisse Zweifel an der Richtigkeit des Vorgehens der KPdSU, aber auch Besorgnis und Befürchtungen hinsichtlich des weiteren Fortganges der Entwicklung in der UdSSR erkennen lassen. Dabei zeichnen sich folgende Tendenzen ab:

Häufig wird von Parteimitgliedern und weiteren politisch engagierten Bürgern die Frage nach den Ursachen der Konflikte in der Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft, der genannten Fehler und Versäumnisse gestellt, teilweise mit dem Hinweis darauf, daß doch auch in den zurückliegenden Jahren bewährte Parteikader, darunter auch der Gen. Gorbatschow, dem Politbüro des ZK der KPdSU angehörten.

Mitarbeiter zentraler Staatsorgane, Angehörige der Intelligenz sowie Mitglieder der SED und Parteifunktionäre unterschiedlichster Leitungsebenen betonen, die ständige Fehlerdiskussion in der UdSSR, die fortgesetzte Kritik an Verantwortlichen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, insbesondere aber die Kritik an der theoretischen und praktischen Arbeit der KPdSU als die Führungskraft der Gesellschaft, erschüttere das internationale Ansehen der UdSSR. Außerdem könnten die Auseinandersetzungen in der KPdSU vom Gegner ausgenutzt werden für neue Verleumdungskampagnen gegen die UdSSR und die gesamte sozialistische Staatengemeinschaft und damit auch die Wirksamkeit der sowjetischen Friedensinitiativen einengen.

Eine beträchtliche Anzahl von Personen, darunter Studenten, aber auch ältere Parteimitglieder und andere progressive Kräfte erklärten, die Einschätzung des Genossen Gorbatschow, insbesondere über die Nickerfüllung der Volkswirtschaftspläne in den meisten Kennziffern seit Anfang der 70er Jahre, habe sie nicht nur betroffen gemacht, sondern zum Teil schockiert.

Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf das Plenum des ZK der KPdSU

BStU
00005

4

Eine derartige Reaktion bei ihnen sei, so wird in diesem Zusammenhang behauptet, ursächlich zurückzuführen auf eine angeblich in der DDR erfolgte verzerrte Darstellung der Entwicklung in der Sowjetunion. In Einzelfällen wurde daraus die Frage abgeleitet, ob die in der DDR geprägte Lösung "Von der UdSSR lernen, heißt siegen lernen" heute überhaupt noch Gültigkeit habe.

Meinungen, in denen Zweifel an der Realisierbarkeit der Beschlüsse und Orientierungen des KPdSU-Plenums geäußert wurden, sind bisher nur in geringem Umfang bekannt. Als Gründe für derartige Zweifel werden hauptsächlich genannt:

- Die sowjetischen Werktäglichen seien in ihrer Mehrheit nicht rechtzeitig und umfassend politisch-ideologisch auf die tatsächliche Lage im Lande und die daraus erwachsenden Erfordernisse vorbereitet worden.
- Durch die Vielzahl von Kaderveränderungen seien die Funktionäre verunsichert; daraus erwachse ihr Widerstand gegen die beabsichtigte tiefgreifende Demokratisierung.

Beachtenswert sind insbesondere von Angehörigen unterschiedlichster Dienstzweige des Ministeriums des Innern geäußerte Befürchtungen. Ihrer Auffassung nach könnte die breite, in der Öffentlichkeit geführte Diskussion über Fehler und Mißstände sowie die von der KPdSU erhobene Forderung nach grundlegenden Reformen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens den Nährboden bilden für eine Zunahme der Aktivitäten feindlich-negativer Kräfte, sowohl in der UdSSR als auch in anderen sozialistischen Staaten.

Charakteristisch für nahezu alle Diskussionen über das KPdSU-Plenum ist die unmittelbare Bezugnahme zur Lage in der DDR insgesamt bzw. der Vergleich zwischen den auf diesem Plenum kritisch angesprochenen Problemen und der Situation im eigenen Parteikollektiv bzw. Tätigkeitsbereich.

Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf das Plenum des ZK der KPdSU

BStU
00006

5

Grundtenor der Meinungsäußerungen progressiver Kräfte ist die Feststellung, daß die in den Ausführungen des Gen. Gorbatschow enthaltenen Aufgabenstellungen und Orientierungen den gegebenen Bedingungen in der UdSSR entsprechen und von der DDR nicht formal und schematisch übernommen werden können. Dabei wird hauptsächlich auf die erzielten Ergebnisse in Durchsetzung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie in Realisierung der Beschlüsse zur Erweiterung und Vertiefung der sozialistischen Demokratie in der DDR verwiesen.

Dennoch wird nahezu einhellig auf das "Erfordernis" hingewiesen, entsprechende Schlußfolgerungen aus dem KPdSU-Plenum zu ziehen, um auch in der DDR vorhandene Probleme schneller zu überwinden. In diesem Zusammenhang angestellte Überlegungen sind breit gefächert.

Partei- und Staatsfunktionäre unterschiedlichster Ebenen, wirtschaftsleitende Kader, Wissenschaftler und Hochschulkader verweisen ausdrücklich auf die Notwendigkeit, die sowjetischen Erfahrungen gründlich zu studieren und zu verarbeiten und dabei sowohl gegen Auffassungen von Personen aufzutreten, die eine schematische Gleichstellung zwischen den Problemen der UdSSR und der DDR vornehmen und daraus zum Teil unbegründete Forderungen ableiten, als auch gegen die Vertreter einer solchen Linie wirksam zu werden, die so tun, als ob für uns als DDR und als Mitglieder der SED keine Probleme existierten. (Bisher liegen nur Einzelbeispiele über Äußerungen von Bürgern vor, wonach die DDR die "Vorbildrolle" in der sozialistischen Staatengemeinschaft übernommen habe.)

Eine Vielzahl von Parteimitgliedern, Funktionären, Mitarbeitern von staatlichen Organen u. a. progressiven Kräften äußert die Erwartung, daß die Parteiführung der SED möglichst rasch zum KPdSU-Plenum Stellung nehmen möge. Diesbezügliche erste Wertungen erwarte man bereits in der Beratung des Sekretariats des ZK der SED mit den 1. Kreissekretären. Darüber hinaus rechne man mit der Herausgabe von parteiinternen Materialien.

Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf das Plenum des ZK der KPdSU

BStU
000007

6

Aus mehreren Bezirken der DDR, darunter Schwerin, liegen Hinweise über Äußerungen von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären vor, wonach sie sich auf Grund fehlender Orientierungen übergeordneter Leitungen verunsichert fühlen. (Man erwarte u. a. auch, daß konkrete Antworten gegeben werden über den Inhalt solcher in der Rede des Gen. Gorbatschow mehrfach verwendeten Begriffe wie Selbstverwaltung, Umgestaltung und Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft, um z. B. geäußerten Diskussionen von Parteiveteranen im Bezirk Halle über mögliche Liberalisierungstendenzen in der UdSSR entgegnen zu können). Vorgenannte Personenkreise argumentieren in diesem Zusammenhang, im Gegensatz zu heute sei in früheren Jahren auf eine sofortige und tiefgründige Auswertung der Dokumente der KPdSU gedrängt worden. Verärgerung und Unverständnis riefen die in Einzelfällen durch Parteifunktionäre und staatliche Leiter gegebenen Orientierungen hervor, sich nicht mit der Auswertung des Januarplenums der KPdSU zu befassen, da es sich ausschließlich um Probleme der UdSSR bzw. der KPdSU handele. So sei auf einer Beratung der SED-Kreisleitung der Staatlichen Plankommission (SPK) am 28. Januar 1987 mit allen Sekretären der GO der SPK durch den 1. Sekretär der Kreisleitung u. a. mitgeteilt worden, daß zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gen. Gorbatschow, in der SPK keine Diskussionen zugelassen sind. Auch die traditionellen politischen Wochengespräche haben sich mit dieser Thematik nicht zu befassen. X

Ähnliche Orientierungen wurden bekannt aus dem Bereich des Direktorats der Humboldt-Universität Berlin sowie von einer Anleitung von Parteisekretären in Rostock. Meinungen von Teilnehmern an letztgenannten Zusammenkünften beinhalten, damit werde die Stimmung unter der Bevölkerung bewußt ignoriert.

Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf das Plenum des ZK der KPdSU

BStU
000008

7

Im Mittelpunkt vielfältiger Diskussionen in Arbeitskollektiven (Bereiche Industrie und Landwirtschaft, Angestellte in staatlichen Organen und Einrichtungen, Angehörige der wissenschaftlich-technischen und pädagogischen Intelligenz, Mitarbeiter im Gesundheitswesen) stehen insbesondere die kritischen Aussagen des Genossen Gorbatschow im Zusammenhang mit Problemen der Führungs- und Leitungstätigkeit vor allem im Bereich der Volkswirtschaft, Fragen der Arbeitsdisziplin, der Kaderpolitik und der Informationstätigkeit. Bei derartigen Meinungsaustauschen zu vorgenannten Inhalten kommen die Beteiligten unter Bezugnahme auf die jeweilige Situation im eigenen Tätigkeitsbereich häufig zu dem Schluß, daß es in der DDR ähnliche Erscheinungen gebe wie in der UdSSR.

Breiten Raum nehmen die Diskussionen um die Schaffung einer offeneren und kritischeren Atmosphäre in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in der DDR ein. Sie wird als wichtigste Lehre aus dem KPdSU-Plenum und als zwingend notwendige Aufgabe angesehen. Im Vordergrund stehen dabei zunehmend solche Überlegungen - teilweise den Charakter von Forderungen tragend - wie:

- ehrliche Berichterstattung von unten nach oben, Beseitigung der Schönfärberei im Berichtswesen der Partei- und staatlichen Organe,
- öffentliche Auseinandersetzung und gesellschaftliche Verurteilung von Erscheinungen der Manipulation, Bereicherung und Korruption,
- entschiedener Kampf gegen jegliche Formen der Unterdrückung der Kritik (übergeordnete Leitungen bzw. Leitungskader würden häufig aus Angst, als politisch unklar abgestempelt zu werden, oder wegen befürchteter persönlicher Nachteile, nicht kritisiert),
- Gewährleistung einer sachlichen und kritischen Atmosphäre in Partei-, Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen (es sollte Schluß gemacht werden mit ausschließlichen Pflichtdiskussionsbeiträgen).

Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf das Plenum des ZK der KPdSU

BStU
000009

8

In unmittelbarem Zusammenhang damit stehen auch vielfältige kritische Bemerkungen zur Informationspolitik der DDR. Obwohl das schnelle Reagieren in den zentralen Massenmedien der DDR (Fernsehen und "Neues Deutschland") auf das KPdSU-Plenum begrüßt wird, wurde in zahlreichen Arbeitskollektiven kritisch vermerkt, daß nicht der volle Wortlaut der Rede des Gen. Gorbatschow veröffentlicht wurde. Teilweise wird spekuliert, die Partei- und Staatsführung der DDR wünsche offensichtlich nicht eine derartige Offenheit. Hinter der als unzureichend empfundenen Berichterstattung über das Plenum in den Presseorganen der Bezirksleitungen der SED wird durch eine Anzahl Werktätiger die Absicht vermutet, unbequemen Diskussionen unter der Bevölkerung aus dem Wege zu gehen.

Die Massenmedien der DDR - so wurde wiederholt argumentiert - sollten sich in ihrer Berichterstattung mehr den tatsächlich vorhandenen Problemen widmen. Die täglichen Meldungen über fortgesetzt erzielte Erfolge und neue Initiativen, die ständigen Veröffentlichungen von Erfolgsbilanzen seien immer weniger dazu geeignet, leistungsfördernd und motivierend zu wirken. Teilweise entsprächen Erfolgsmeldungen nicht den Realitäten, stünden im Widerspruch zur Praxis.

Große Zustimmung finden die Aufgabenstellungen des Gen. Gorbatschow bei der Gestaltung der Kaderpolitik. Auch in diesem Zusammenhang werden bestimmte Erwartungshaltungen an die zentralen Partei- und Staatsorgane der DDR gerichtet. Sie konzentrieren sich im wesentlichen auf drei Grundprobleme:

1. Konsequente Durchsetzung des Leistungsprinzips gegenüber den Kadern
2. Öffentlichkeitswirksame Auseinandersetzung mit allen Erscheinungen gesellschaftswidrigen Verhaltens von Leitungskadern (besonders Bürokratismus, Herzlosigkeit, persönliche Bereicherung u. ä.)

Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf das Plenum des ZK der KPD/SD

BStU
000010

9

3. Ablösung derjenigen Leitungskader, die den politischen und fachlichen Anforderungen nicht gewachsen sind

Diskussionen über die Problematik des Einsatzes von Parteilosen in Leitungsfunktionen werden nach bisher vorliegenden Erkenntnissen vorwiegend von Angehörigen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz geführt.

Mitarbeiter im zentralen Staatsapparat, u. a. tätig in der staatlichen Plankommission, vertreten den Standpunkt:

- In Kaderfragen entscheiden nicht immer Können und Leistung, sondern oft auch Beziehungen. Dadurch wird insbesondere das Arbeitsklima negativ beeinflußt.
- Auch in der DDR gäbe es noch viele Möglichkeiten der Einsparung von Arbeitskräften, darunter in der SPK, wenn viele Einzelentscheidungen in die Verantwortung der Fachministerien, Kombinate und Betriebe delegiert und der überhöhte Zentralismus abgebaut würde.

Bisher liegen nur in geringem Umfang auch Meinungsäußerungen im Zusammenhang mit den Vorschlägen des Genossen Gorbatschow zu Veränderungen in der Wahlgesetzgebung vor.

Grundtenor der bisher keinen Schwerpunkt bildenden Diskussionen ist die von unterschiedlichsten Personenkreisen getroffene Aussage, daß diesbezügliche Vorstellungen auch in der DDR Anlaß zum Nachdenken seien. Die Durchsetzung solcher Veränderungen im Wahlsystem würde, so die Argumente, den demokratischen Charakter erhöhen, das Wahlergebnis realer gestalten und sich positiv auf die weitere Ausprägung des demokratischen Zentralismus auswirken. Der bisher angeblich praktizierte "Formalismus" bei Wahlen würde vor allem durch die Möglichkeit der Auswahl von mehreren Kandidaten durch "freiere" Wahlen ersetzt.

Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf das Plenum des ZK der KPD/SD

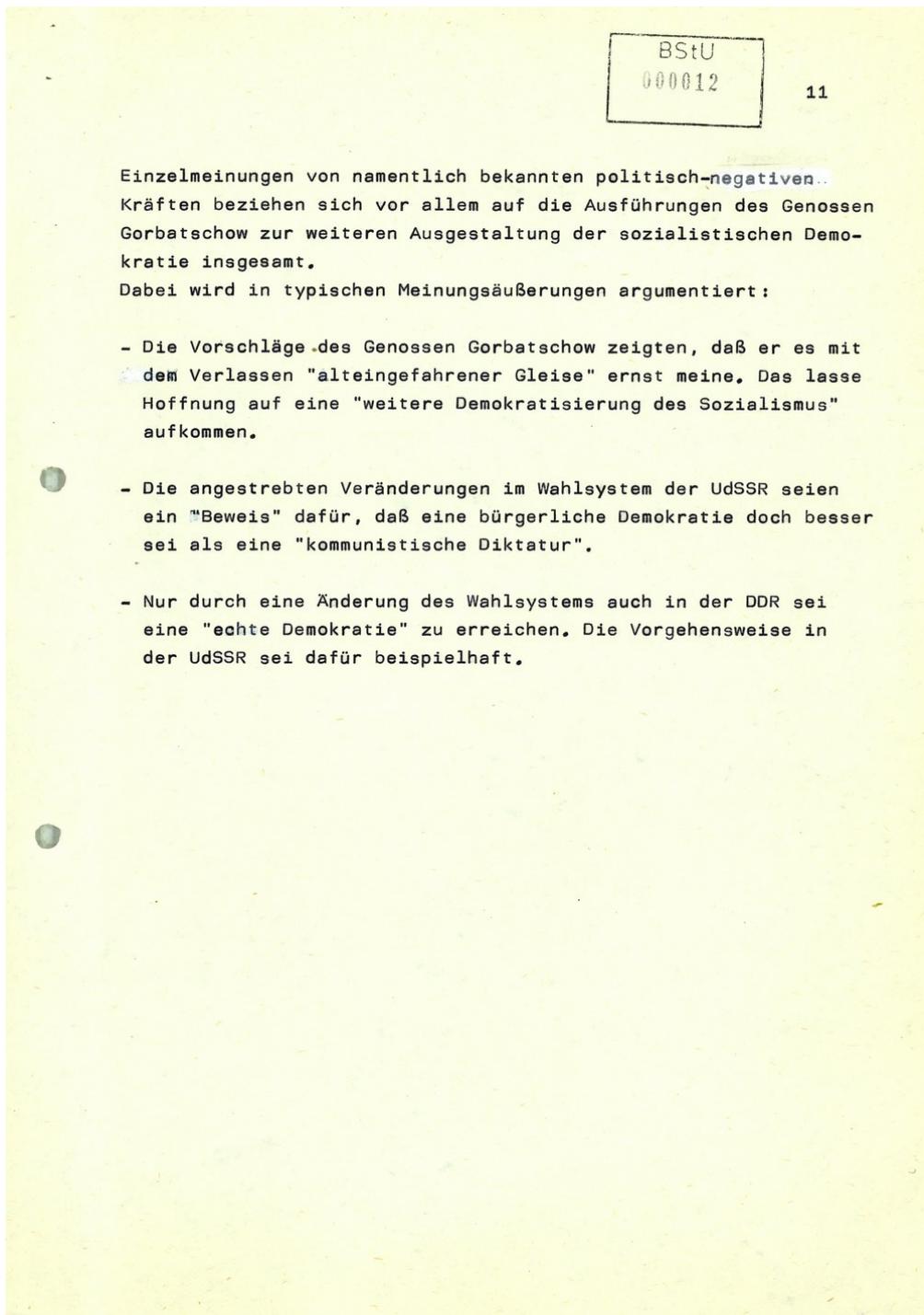
BStU
000011
10

Vorliegenden ersten Hinweisen zufolge fanden die Ausführungen des Genossen Gorbatschow auch unter kirchlichen Amtsträgern großes Interesse. So wurde von kirchenleitenden Amtsträgern der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs, leitenden Mitarbeitern des Konsistoriums der Evangelischen Landeskirche Greifswald sowie Amtsträgern des Kirchenkreises Rostock das Referat des Genossen Gorbatschow mit Zustimmung aufgenommen, wobei die Darlegungen zur weiteren Entwicklung der Demokratie im Mittelpunkt der Meinungsäußerungen standen. Dabei wurde betont, ein solches Herangehen würde auch mit ihren eigenen Vorstellungen übereinstimmen. Zukünftig wolle man daher der Entwicklung der sozialistischen Demokratie in der DDR größere Aufmerksamkeit widmen. Einzelne kirchliche Amtsträger sind der Auffassung,

- Genosse Gorbatschow wolle mit der Änderung des Wahlsystems eine "wirkliche Demokratie" schaffen,
- diese Entwicklung in der UdSSR führe zu einer "neuen Form des Sozialismus",
- "Kreativität von unten" sei eine tragfähige Plattform für Staat und Kirche.

Meinungsäußerungen katholischer Akademiker zufolge könne Genosse Gorbatschow seine gegenwärtige Linie in der Parteipolitik nicht mit den zur Zeit in der UdSSR "an der Macht" befindlichen Kadern realisieren. Da er aber die breite Unterstützung seiner Politik durch die werktätige Bevölkerung hinter sich wisse, sei er in der Lage, die Systeme zu ändern, mit denen die Kader gewählt werden. Mit der vorgeschlagenen Änderung des Wahlmodus würde er in kürzester Zeit diejenigen Kader in die leitenden Funktionen bekommen, die seine Linie vertreten.

Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf das Plenum des ZK der KPD/SD



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4217, Bl. 2-12

Blatt 12